



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Großdeutsche Politiker.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zendste Seite des schnaaseschen Werks und diejenige, die sich zunächst dem Blick aufdrängt, so würde man doch höchst ungerecht sein, wenn man seine Aufmerksamkeit darauf beschränken wollte. Es ist vielmehr namentlich in diesen spätern Bänden das eigentlich künstlerische Moment, wie sich gebührt, mit dem wärmsten Fleiße behandelt worden. Fast bei jedem einzelnen der großen Gebäude, welche der fünfte Band bespricht, erregt die warme, lebendige Theilnahme Bewunderung, mit der das kleinste Detail auf die leitende Idee bezogen, in seinen innern Gründen erforscht und nach dem festen künstlerischen Maßstab beurtheilt wird. Der Geschichtschreiber geht durchaus objectiv zu Werke d. h. er sucht jedes Mal den Sinn des Zeitalters zu erfassen und aus ihm heraus den Grund der einzelnen Unternehmungen, so wie die Ausführung zu begründen; aber diese Objectivität geht nicht so weit, die Idee des Schönen als ein bloßes Schlingengewächs zu betrachten, welches von dem Stamm des Zeitgeistes zehrt, nur an ihm sein Leben hat. Die Idee modificirt sich in ihrer äußern Gestalt, sie bleibt aber in ihrem innern Gesez dieselbe.

Wöchte es dem Verfasser bald gestattet sein, von seinem schönen Werk, welches wir als eins der ehrenvollsten Zeugnisse deutscher Bildung betrachten, die Fortsetzung zu geben und die frühern Bände, die durch neuere Forschungen in mancher Beziehung überholt sind, einer gründlichen Revision zu unterwerfen. Auch auf die verwandten Gebiete der Culturgeschichte wird das Studium desselben den günstigsten Einfluß ausüben.

Großdeutsche Politiker.

Studien zur deutschen Geschichte und Politik. Die Ursachen des Verfalls und Untergangs des deutschen Reiches. Die Gründung des preussischen Staats. Droysens Geschichte der preussischen Politik. Preußens Beruf. Der preussisch-österreichische Antagonismus. Die Bundesreform. Von R. Jürgens. Bremen, S. Straß. —

Das Buch enthält zunächst eine fortlaufende Kritik der Geschichte der preussischen Politik von Droysen, nebenbei aber die bekannnten Ausfälle auf alle möglichen Parteien und Richtungen, die irgendwie für Preußen günstig sind, ohne Unterschied des Standes und der Personen, von der Kreuzzeitung an bis zur Nationalzeitung oder zum Urwähler. Uebrigens verspricht Herr Jürgens in dem Nachwort, sich den Gegnern gegenüber ein sittliches Maß auflegen zu wollen. Er wolle z. B. nicht die Behauptung aufstellen, daß Droysen darum jenes Buch geschrieben habe, um als Professor in Preußen angestellt zu werden. Eingedenk dieser edelmüthigen

Enthaltſamkeit, wollen wir uns auch hier mit der Perſon des Verfaſſers nicht beſchäftigen, die ohnehin kein erhebliches Intereſſe bietet. Als Schriftſteller möchten wir ihn inſofern tadeln, als er die Neigung hat, was ein anderer mit einem einfachen Komma ſagt, zu mehren Seiten auszuſpinnen, ſeine Sätze häufig zu wiederholen, die Conſtructionen künstlich zu verſchränken, ſo daß man nur mit Mühe erfährt, was er eigentlich ſagen will. Indeffen mögen manche von dieſen ſchriftſtelleriſchen Schwächen der Tendenz des Verfaſſers wenigſtens nicht nachtheilig ſein, da ihm daran zu liegen ſcheint, über ſeine eignen Anſichten einen Nebel zu breiten, in dem man bei dem beſten Willen nicht den Weg findet.

„Säge mir, wie du über Preußens Beruf denkſt, und ich will dir ſagen, wer du biſt, als Politiker, ja ſelbſt als Hiſtoriker.“ So beginnt S. 111 der Verfaſſer ſeine Polemik gegen Droyſen. Auch wir möchten einen ähnlichen Satz aufſtellen, wenigſtens für den deutſchen Politiker, denn was man über Preußens Beruf denkt, iſt entſcheidend für die Vorſtellung von der Fortentwicklung Deutschlands. — Nun begegnet unſerm Verfaſſer in der Entwicklung des Verhältniſſes zwiſchen der Geſchichtſchreibung und der wirklichen Politik ein wunderliches Mißgeſchick. Nach ſeiner Ueberzeugung iſt die Politik Preußens von dem erſten Urfprung des Staats an bis zur Gegenwart eine traurige Miſchung von Ungerechtigkeit und Schwäche geweſen; alles, was Preußen gethan, iſt zum Nachtheil Deutschlands geſchehn, und bei ſeiner machiavelliſtiſchen Politik würde Preußen dem deutſchen Vaterlande noch viel ſchlimmere Wunden geſchlagen haben, wenn nicht meiſtens die Leitung des Staats ſchwankend, ſchwach und ohnmächtig geweſen wäre. — Woher dann aber das höchſt auffallende Ereigniß, daß ſeit mehr als hundert Jahren alle deutſchen Schriftſteller, Geſchichtſchreiber, Publiciſten, Dichter u. ſ. w., das Gegentheil von dem behaupten, was Herr Jürgens meint; daß alſo das Urtheil des deutſchen Publicums durch eine groſe allgemeine literariſche Verſchwörung corumpirt worden iſt. — Herr Jürgens macht nicht den Verſuch, dieſes auffallende Phänomen zu erklären. Er läßt zwar hin und wieder mit frommem Augenverdrehen die Meinung durchblicken, es möge wol viel Beſtehung mit unterlaufen, aber geradezu wagt er es denn doch nicht zu behaupten. Das Einzige, was er angibt, iſt, daß die Profefſoren gern in Preußen angeſtellt würden. Woher mag denn das wol kommen? Woher mag es wol kommen, daß noch heute ein Univerſitätslehrer, dem gleichzeitig eine Stelle in Preußen und eine in München, oder in Gießen, oder in Erlangen — um von Wien gar nicht zu reden — angeboten wird, unter gleichen äußerlichen Bedingungen, ja ſelbſt wenn die preußiſchen Bedingungen viel ſchwächer ſind, dennoch keinen Anſtand nehmen wird, ſich für Preußen zu entſcheiden?

Wenn wir dieſe Erſcheinungen ſcharf ins Auge faſſen, ſo wäre ſelbſt für

den Fall, daß die preussische Politik von Anbeginn bis jetzt eine schwankende, haltlose und böswillige gewesen ist, dennoch die Sache für uns entschieden; es würde sich dann zeigen, daß der Instinct des Volks, nicht bloß des preussischen, sondern des deutschen Volks, seine Hoffnungen auf Preußen setzt, und diese ideelle Stimmung ist das Capital, mit dem Preußen arbeiten muß und auch stets gearbeitet hat. — Noch ein anderer Punkt, den Jürgens gleichfalls anführt, ist aus demselben Grunde zu erklären. Wenn in einer Krisis die Sache für Deutschland schief steht, so ist alle Welt darüber einig, die Schuld auf Preußen zu schieben und die preussische Regierung mit Schmä- hungen zu überhäufen. So war z. B. seit langer Zeit keine Sache in Deutsch- land so populär, als die Sache von Schleswig-Holstein. Bis zu Ende des Jahres 1850 hatte sich Preußen dieser Sache angenommen, zuerst im offenen Kampf, dann wenigstens durch mittelbare Unterstützung, die es den helden- muthigen Bewohnern dieser Provinzen allein möglich machte, sich gegen die Uebermacht zu halten. Nun verbanden sich Oestreich, Baiern, Württemberg, Sachsen, Hessen-Kassel u. s. w. zunächst untereinander, dann in weiterer Aus- sicht mit Rußland, Frankreich und andern auswärtigen Mächten, um die Herzogthümer zu pacificiren d. h. sie Dänemark wieder zu unterwerfen und Preußen zu zwingen, sich dieser Entscheidung zu fügen. Anstatt nun den Kampf mit Rußland, Frankreich, Dänemark, Oestreich, Baiern, Sachsen, Hessen- Kassel u. ohne alle Unterstützung von außen gleichzeitig aufzunehmen, gab Preußen nach und unterzeichnete die olmüzer Punctionen, durch welche Schleswig-Holstein Preis gegeben wurde. — Gegen wen richtete sich nun der Zorn des deutschen Publicums? Etwa gegen Oestreich und die übrigen Staaten, die durch ihre Uebermacht Preußen gezwungen hatten, eine Sache aufzugeben, die doch nicht von Preußen allein, sondern von dem gesammten deutschen Reich angefangen war? — Keineswegs, sondern gegen Preußen. — Und woher ist das zu erklären? — Weil die öffentliche Meinung nach dem Grund- satz: noblesse oblige Preußen die heldenmuthigsten Aufopferungen zur Ehre Deutschlands zumuthet, den übrigen Mächten aber nichts zumuthet, weil sie nichts von ihnen erwartet. Das ist freilich eine Schmeichelei, die mitunter sehr verdrießlich fallen kann, die aber doch auch einen sehr ernsthaften Inhalt hat, denn sie zeigt, daß Preußen in seiner wie in der Meinung anderer ein geschichtliches Leben hat. Herr Jürgens behauptet zwar S. 112, ein jeder Staat hat sein eignes geschichtliches Leben, und es sei das kein besonderes Vorrecht des preussischen Staats; aber diese Behauptung ist unwahr, denn daß Frankreich, England u. ein geschichtliches Leben haben, weiß jeder, man bezieht sich mit jener Vergleichung eben nur auf die deutschen Staaten; gegenüber den deutschen Staaten darf man aber nicht bloß von Hessen-Kassel behaupten, daß es kein historisches Leben habe.

Die historische Nothwendigkeit, die Droysen in Preußens Beruf findet, liegt nicht in der Weisheit dieses oder jenes einzelnen Königs oder Ministers. Es ist auch nicht ganz geschickt, wenn man zur Bezeichnung dieses Berufs den alten Ausdruck Ghibellinismus anwendet, im Gegentheil möchte die Analogie mehr zu den alten historischen Welsen hinführen. Die historische Bedeutung Preußens liegt darin, daß in dem deutschen Volk das Bedürfnis vorhanden ist, sich von den alten romantischen Beziehungen zum römischen Reich loszureißen und einen eignen kräftigen Staat zu gründen, dessen Formen seinem Lebensinhalt entsprechen. Geistig hat der Protestantismus die Emancipation der Deutschen vermittelt, aber die wirkliche Befreiung kann nur ein kriegerisch angelegter Staat vollenden. Daß dieser Staat freilich grade Preußen heißt und seine Dynastie die Hohenzollern, darin liegt zunächst nichts Providentielles; unter Umständen hätten Hannover und Sachsen dieselben Rollen spielen können, und von dem letztern konnte man es noch zu Anfang des dreißigjährigen Krieges erwarten. Wie nun aber die Regenten aus dem Hause Hohenzollern ihre Aufgabe richtiger verstanden und geschickter durchgeführt haben, das darf dem Geschichtskundigen nicht erst mitgetheilt werden. In diesem Augenblick ist zwischen den genannten Staaten keine Wahl mehr, denn daß nur der Stärkste die Hegemonie führen kann, das versteht sich doch wol von selbst.

Es ist ein großer Uebelstand, daß Herr Jürgens, und die meisten seiner Parteigenossen nicht klar aussprechen, was für ein Ziel der deutschen Politik ihnen vorschwebt, und daß sie ebensowenig zwischen ihren Gegnern unterscheiden. Für das Erstere haben sie jetzt einen sehr beachtenswerthen Grund. In diesem Augenblick sind ihre hohen Freunde nicht ganz auf einer Seite; die Politiker der mitteldeutschen Staaten neigen gerade jetzt mehr zu Preußen, als zu Oestreich, weil sie die Angriffe nicht von dem erstern, sondern von dem letztern erwarten. Herr Jürgens geht also darin behutsam zu Werke. Er läßt es z. B., obgleich er die orientalische Frage sehr ausführlich bespricht, dahingestellt sein, ob die mitteldeutschen Staaten, welche sich mit Preußen verbanden, Recht hatten, oder Oestreich, welches zu einem scharfen Auftreten gegen Rußland aufforderte. In'sgeheim ist seine Ansicht zwar darin sehr bestimmt, er ist nicht auf Seite der Mittelstaaten, sondern auf Seite Oestreichs; aber er macht es grade so, wie das von uns charakterisirte Publicum, erbürdet die Schuld der deutschen Politik nicht den Mittelstaaten, in deren Interesse sie geschah, sondern ausschließlich Preußen auf, denn, meint er mit Achselzucken, was soll man von den Mittelstaaten erwarten; aber Preußen hatte die Pflicht, aufopfernd zu sein. Und zwar sind an dieser schlechten Politik sämtliche Parteien Preußens Schuld: Die Neupreußen, die Ministeriellen, die Altpreußen, die Gothaer und die Demokraten. — Aber diese Parteien haben ja alle das Verschiedenste gewollt: die Neupreußen wollten eine in-

directe Unterstützung Rußlands; die Altpreußen und Gothaer haben mit einer Ausdauer und Lebhaftigkeit, die nicht übertroffen werden könnte, die Regierung zu dem Bündniß mit Oestreich und den Westmächten zu treiben gesucht; die ministeriellen Blätter meinten immer: nondum meridiem, wir wollen zuerst ruhig abwarten, wie die Sache sich gestalten wird, um dann entscheidend einzugreifen, und die Demokraten der Nationalzeitung meinten, da aus dem Kriege doch nichts Kluges herauskommen wird, so wollen wir lieber Frieden halten. Alle diese Parteien können unmöglich gleichzeitig Unrecht haben, und namentlich sollte man erwarten, daß die Altpreußen und Gothaer, die in dieser Frage ungefähr das Nämliche wollten, was Bürgens für recht hält, sich seines Beifalls erfreuen müßten; aber grade die Gothaer haben auch in dieser Sache nach ihm am meisten Unrecht, weil sie immer von der Absicht ausgehen, Preußen in Deutschland zu heben, und diese Absicht ist das radicale Uebel, an dem Deutschland leidet. — Wir glauben uns nicht zu stark auszudrücken, wenn wir dergleichen als eine leere Fabel bezeichnen.

Wir sind durchaus nicht gemeint, die Berechtigung unserer Gegner zu verkennen. Wir begreifen die Politik derjenigen, die eine Wiederherstellung des deutschösterreichischen Kaiserthums erstreben und zu diesem Zweck Preußen zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges herabdrücken möchten; namentlich bei den Ultramontanen ist uns eine solche Politik sehr begreiflich. — Wir begreifen ferner die Politik derjenigen, die jede heftige Bewegung fürchten und daher alles beim Alten lassen wollen, weil, wenn man eins in Frage stellt, das ganze Leben bedroht wird. Wir begreifen endlich die Wünsche derjenigen, die den deutschen Einheitsstaat von unten aufrichten wollen. — Wenn man aber diese drei höchst verschiedenen, ja zum Theil entgegengesetzten Motive durcheinanderwirft, und als leitende Idee bloß die instinctartige Abneigung gegen Preußen festhält, so können wir darin nur entweder eine vollständige Unklarheit, oder eine treulose Sophistik sehn. Wir fürchten sehr, in dieser Schrift das Letztere finden zu müssen, wenigstens ist der folgende Passus S. 371—372 äußerst bedenklich. Es werden nämlich die Freunde Preußens getadelt, weil sie in Preußen die protestantische Schutzmacht Deutschlands sehen: „Trotzdem daß es sich mit dem protestantischen Preußen ganz ähnlich wie mit den Traditionen Friedrichs II. verhält, indem es damit nicht mehr recht geht, da Preußen zu zwei Fünfteln seiner Bevölkerung katholisch und demnach so viel weniger protestantisch und so viel mehr paritätisch geworden, und indem Oestreich im Begriff ist — wir setzen voraus, daß es den Geboten der Gerechtigkeit und Klugheit vollständig genügen werde — die Grundsätze der Kirchenfreiheit und der Gleichberechtigung der Confessionen durchzuführen, wodurch die Bedeutung eines protestantischen Schutzstaats in Deutschland als eines solchen, wenn nicht obsolet doch wesentlich verringert wird.“ So zu schreiben, nachdem

sich die Folgen des Concordats so handgreiflich herausgestellt haben, dazu gehört doch namentlich für einen protestantischen Geistlichen eine ziemlich starke Stirn.

Die Parthenogenese in der Natur.

C. F. C. v. Siebold. Wahre Parthenogenese bei Schmetterlingen und Bienen
Leipzig 1856. —

Durch die Anzeige des vorliegenden Buches sollen die Leser mit einer überraschenden und wunderbaren Erscheinung im Thierleben und mit den Untersuchungen eines höchst thätigen Naturforschers bekannt gemacht werden; dessen Resultate, obgleich sie noch nicht in allen Punkten feststehen mögen, doch die allgemeinste Beachtung verdienen.

In neuerer Zeit sind unter den niederen Thieren höchst merkwürdige Fortpflanzungsarten entdeckt worden, von welchen man früher keine Ahnung hatte. Chamisso, unser deutscher Dichter, entdeckte zuerst eine seltsame Erscheinung, welche der Däne Steenstrup 1842 unter dem Namen des Generationswechsels als ein verbreitetes Naturgesetz nachwies. Was dieser Generationswechsel sei, begreift man am leichtesten, wenn man ihn mit den bekannten Metamorphosen der Schmetterlinge vergleicht. Hier entsteht aus dem Schmetterlings-Ei die Raupe, deren Körpersubstanz sich dann in die Puppe und den Schmetterling umwandelt. Erzeugte aber die Raupe in sich durch eine Knospenbildung die Puppe und stirbe dann selbst ab, so wäre das ein Generationswechsel zu nennen; in diesem Falle würde dann die Puppe ebenfalls absterben, nachdem sie ohne geschlechtliche Zeugung und ohne Ei den Schmetterling hervorgebracht hätte und mit diesen würde wieder die geschlechtliche Zeugung beginnen, aus welcher mittelst eines Eies die Raupe entstünde. Während also die Metamorphosen von einem und demselben Thiere durchlaufen werden, gehen bei dem Generationswechsel aus einer geschlechtlichen Generation eine oder mehrere andere, anders gestaltete und ungeschlechtliche hervor, die sich durch Knospenbildungen fortpflanzen und endlich wieder die geschlechtliche Urgeneration hervorbringen. Bei den Blattläusen z. B. folgt auf eine Generation, welche Männchen und Weibchen enthält, eine Reihe von Generationen, welche nur eine geschlechtslose Form enthalten; in diesen geschlechtslosen Blattläusen entstehen durch eine innere Knospenbildung ohne vorhergegangene Befruchtung lebendige Junge, die sich auf dieselbe Weise fortpflanzen, bis nach sieben bis elf solcher Generationen wieder eine von Männchen und Weibchen zum Vorschein kommt.